

Nachdem in der vergangenen Woche bereits die Stellungnahme der Handwerkskammer zum Haushaltsentwurf der Regierung für das Jahr 2010 für einiges Aufsehen gesorgt hatte, hieb gestern die Handelskammer mit ihrem Gutachten in die gleiche Kerbe nach. Direktor Pierre Gramegna und Chef-Ökonomist Carlo Thelen präsentierten gestern Vormittag vor der Presse das über 160 Seiten starke Dokument, das die Budgetvorlage 2010 als Ausdruck eines „gefährlichen Abwärtens angesichts einer alarmierenden Situation“ charakterisiert.

Generell hält das Gutachten fest, die Grundlinie der öffentlichen Finanzpolitik verlaufe ähnlich wie im Haushaltsjahr 2009 mit einer deutlichen Progression der Ausnahmen, während auf der Einnahmenseite die genau entgegen gesetzte Tendenz fest zu stellen sei.

Strukturelle Probleme ohne Antwort

Bereits im Titel des Gutachtens lasse sich erkennen, dass im Haushaltsentwurf noch kein wichtiges Zeichen zu finden sei, wie es in Zukunft, d.h. mittel- bis langfristig in Luxemburg weitergehen soll, so der Direktor der Handelskammer, Pierre Gramegna, der zunächst unterstrich, dass erneut ein starker Anstieg der Ausgaben zu verzeichnen sei in Höhe von 5,9%, während keinerlei Perspektiven eröffnet würden für das über einen längeren Zeitraum angelegte Wiederherstellen eines Gleichgewichtes.

Dabei gebe es zur Zeit im Zusammenhang mit dem wichtigsten Einzelator der nationalen Wirtschaft, der Finanzbranche, eine Reihe von Unsicherheit, wie der gut sichtbare Rückgang der Erträge und der Beschäftigung unzweifelhaft erkennen lasse. Dementsprechend sei die Politik des „business as usual“ keineswegs angebracht, so Pierre Gramegna, der unvermittelt auf den „spektakulären“ Rückgang der Staatseinnahmen hinwies.



Pierre Gramegna (r.) und Carlo Thelen stellten das dezidierte Gutachten der Handelskammer vor

Photo: F. Aussems

Anstieg der Konsumausgaben eindeutig zu hoch

Mit einem Anstieg um 11% sei der Zuwachs der gewöhnlichen Ausgaben ganz eindeutig zu hoch, während die Verschuldung und damit auch die jährlich zu entrichtende Zinslast immer bedrohlichere Ausmaße annehmen würden. Immerhin liegt die derzeitige öffentliche Verschuldung bei 20% des Bruttoinlandproduktes, doch könne es sich Luxemburg im Gegensatz zu größeren Ländern nicht leisten, auf die in den Maastricht-Kriterien festgesetzte Obergrenze von 60% zu spekulieren; weil das Land zu klein sei, um wesentliche Faktoren selbst und allein bestimmen zu können.

Auch hinsichtlich des für das kommende Jahr vorgesehenen Defizits fordert die Handelskammer in ihrem Gutachten, die Stabilitätskriterien müssten unbedingt respektiert und die vorgesehene Grenze von 3% für

das Jahresdefizit dürfe nicht überschritten werden.

Klare Indikatoren

Carlo Thelen untermauerte die Ausführungen von Direktor Pierre Gramegna mit einer ganzen Reihe von Zahlen und Grafiken, die eindeutig zeigten, dass die Entwicklung des Staatshaushaltes immer weiter abweiche von der wirtschaftlichen Realität des Landes. Mit Ausnahme der Sozialversicherungen würden sich sowohl im Staatshaushalt als auch im gesamten öffentlichen Budget, zu dem auch die kommunalen Etats gerechnet werden, die Fehlbeträge weiter anhäufen, was auf Dauer nicht gut gehen könne.

Eine klare Zustimmung gibt es dennoch von der Handelskammer, aber die betrifft einzig und allein die öffentliche Investitionspolitik, die völlig zu Recht auf einem hohen Niveau gehalten würde, um die Auftragslage, und damit implizit auch

die Beschäftigungskapazität der betroffenen Unternehmen zu stützen.

Konkrete Gegenvorschläge

Einen echten Weg aus der Krise könne man derzeit jedoch noch nicht erkennen, so auch Carlo Thelen, der auf eine Reihe von strukturellen Problemen hinwies, die seit Jahren hinlänglich bekannt sind und die sich in der aktuellen Krisenlage als doppel-schneidiges Schwert erwiesen.

Immerhin belässt es die Handelskammer in ihrem Gutachten nicht bei der reinen Kritik, sondern macht auch konkrete Vorschläge, wie zumindest die Defizit-Grenze der Stabilitätskriterien respektiert werden könnte. Während bei einzelnen Akzisensteuern, mit der nötigen Vorsicht, Mehreinnahmen in Höhe von 95 Millionen Euro erzielt und die Kapitalausgaben um 23,6 Millionen Euro gesenkt werden könnten, sieht die Handelskammer vor allem bei den öffentlichen Konsumausgaben und bei den Sozialtransfers ein beträchtliches Sparpotenzial, das sie mit konkreten Details auf 393,5 Millionen Euro bezifferte. Dadurch lasse sich das überschüssige Defizit auf das Limit von 3% begrenzen.

Dass die Vorschläge der Handelskammer unterdessen nicht nur auf Zustimmung stoßen werden, sollte den Autoren des Gutachtens eigentlich bewusst sein. Wer etwa die Beschneidung der Anfangsgehälter und des 13. Monats beim Staat um 20%, der Verzicht auf die Auszahlung der im kommenden Jahr erwarteten Indextranche, Einsparungen bei Erziehungsgeld, Elternurlaub und Kindergeld (selbst nach strikten sozialen Kriterien gestaffelt) in einem Umfang von mehr als 80 Millionen Euro, oder etwa eine Kürzung des Zuschusses an die Eisenbahngesellschaft um 32,5 Millionen Euro fordert, der kann nicht verlangen, dass ihm einheitliche Zustimmung entgegen gebracht wird,

Selbst auf die eventuelle Gefahr hin, dass er stellenweise Recht haben könnte...

➤ Nic. Dicken